

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 02/54. Jahrgang

Februar 2023

Schutzgebühr: 0,40 €

Wohnungsnot in Gießen

Die Mieten steigen weiter. Bezahlbare Wohnungen werden nicht gebaut. Luxussanierungen und Wohnraum, die Rendite bringen, ist die Parole. Durch gestiegene Preise und den Materialmangel sinkt die Bautätigkeit. Die Zahl der Baugenehmigungen 2022 ist um 8,6% im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Auf Bundesebene liegt dieser Wert bei 16,3%. Robert Feiger, Vorsitzender der IG BAU, fordert, dass die Löhne mit der Preisentwicklung beim Wohnen Schritt halten müssen und dass bis 2030 jährlich 160.000 dauerhafte Sozial-

wohnungen neu geschaffen werden. Aber trotz Milliarden-Förderung durch den Staat sinkt die Zahl günstiger Sozialwohnungen in Deutschland seit Jahren. Die Bundesländer schaffen im Durchschnitt nur den Bau von einigen hundert Wohnungen.

In Gießen ist der Mangel an bezahlbarem Wohnraum besonders groß. Die Einwohnerzahl ist auf aktuell 90.000 gestiegen. Gießen ist eine „junge“ Stadt, die Sozialgesetzbuch II-Quote liegt bei 13,7%. **Laut einer Studie gehört Gießen zu den Städten, bei**

denen die Diskrepanz zwischen Bedarf und Neubau am größten ist. Ende des vergangenen Jahres fehlten 8.157 Wohnungen auf dem Markt, 2.800 Personen stehen auf der Warteliste der Wohnbau für Wohnungen im unteren Preissegment. Von den gebauten Wohnungen sind nur ein Bruchteil Sozialwohnungen. Im Wohnraumkonzept der Stadt ist unter dem Stichwort *Investitions-Initiative für den sozialen Wohnungsbau* von der Schaffung und Erhalt von 400 Sozialwohnungen die Rede. Das ist

Fortsetzung auf Seite 2

Solidarität mit den streikenden Postlern



Unsere Solidarität gilt den streikenden Postlern!

DKP

Am Nachmittag des 19. Januar begannen die Streiks der in ver.di organisierten Postler in den Paket- und Verteilzentren der Deutschen Post. Die berechtigten Forderungen der Postler nach 15 Prozent mehr Lohn, 200 Euro mehr für Azubis und dual Studierende und die Fortschreibung der Post-Zulage für Beamte bei einer Laufzeit von 12 Monaten wurden vom Konzern bisher in zwei Verhandlungsrunden

als „realitätsfern“ bezeichnet und noch nicht einmal mit einem Gegenangebot gewürdigt. Daraus hat die ver.di zentral die richtige Schlussfolgerung gezogen: Jetzt heißt es streiken!

Die Postler brauchen den Schluck aus der Pulle dringend, die allermeisten von ihnen gehen mit 1.500 bis 2.000 Euro nach Hause, das sind untere und mittlere Einkommen, die die derzeitige Inflation ganz besonders hart trifft. Auch die Löhne der Azubis und der dual Studierenden müssen deutlich steigen. Die Forderung nach der Fortschreibung der Postzulage für

Fortsetzung auf Seite 2

Umweltzerstörung in Gießen für den Profit: "Schwanenteich" und "In der Roos": S. 3 / 4

Arbeitskampf im Öffentlichen Dienst: "Ohne Druck kriegste nix": S. 5

Krieg in der Ukraine: Eskalation, Kononovich-Brüder, Petition gegen Baerbock: S. 6 / 7

Für Frieden und Sozialismus!

DKP

Fortsetzung von Seite 1:

Wohnungsnot in Gießen

ein Tropfen auf den heißen Stein.

Leerstand von Wohnraum bzw. möglichem Wohnraum wird von der Stadt nicht angegangen. Problematisch sind häufig die Eigentumsverhältnisse. Aber über Enteignung will die Stadt natürlich nicht nachdenken. Im Kapitalismus lohnt sich der Bau von Sozialwohnungen nicht, das bringt nicht genug Profit.

Nur ein staatlich regulierter Wohnungsmarkt, die Enteignung der großen Wohnungskonzerne und Enteignung von Leerstand können helfen. Henning Mächerle



Bomber kaufen & Krankenhäuser schließen?
Das ist doch verrückt!
Jetzt unterschreiben für
die Kandidatur der DKP



DKP

Uniklinik-Neujahrsempfang: keine Rede von Profit

Beim Neujahrsempfang des UKGM lobte der Medizinische Direktor Prof. Seeger, dass das Land Hessen für die nächsten Jahre Investitionszuschüsse von mindestens 500 Mio. Euro zugesagt habe. Gleichzeitig beklagte er, dass in den vergangenen Jahren das UKGM wesentlich weniger Zuschüsse erhalten habe als die Uniklinik Frankfurt. Er erwähnte nicht, dass die Rhön AG bei der Privatisierung der Unikliniken den Zuschlag erhalten hatte, weil sie ausdrücklich auf Investitionsmittel vom Land verzichtete. Was er ebenfalls nicht erwähnte, ist die Tatsache, dass Rhön AG Jahr für Jahr 10 bis 20 Mio. Euro Gewinn aus dem UKGM entnahm und an Aktionäre verteilte. Gewinn und Investitionsmittel mussten von der Belegschaft erwirtschaftet werden – kein Wunder, dass die Mitarbeiter seit Jahren erheblich überlastet sind. Sie hätten verdient, dass ihr Einsatz endlich mit mehr Geld und besseren Arbeitsbedingungen belohnt wird.

Gernot Linhart

Fortsetzung von Seite 1:

Die Postler streiken

die verbeamteten Kollegen ist eine eindeutige Solidaritätserklärung.

Vor der Tarifrunde war die Post vor allem wegen der immer weiter sinkenden Zustellqualität in den Schlagzeilen. Die Einsparpolitik des Vorstandes zugunsten der Dividenden ließ die Beschwerden in astronomische Höhen schnellen, der Krankenstand der völlig ausgepowerten Zusteller schoss in die Höhe. Kollegen wie auch Kunden litten massiv unter dem wahnhaften Einsparen, Befristen, Aufteilen, „Flexibilisieren“.

Viele der Postler streiken jetzt um den Lohn, auf den Betriebsversammlungen wurde aber deutlich, dass dies erst der Anfang ist. Der Widerspruch zwischen den



Gewinnen der Aktionäre auf der einen, den Arbeitsbedingungen der Postler und der Versorgung der großen Mehrheit der Bevölkerung auf der anderen Seite wird mehr und mehr Menschen bewusst. In diesem Lohnkampf –

ausgefochten gegen die Inflationsfolgen – werden die Kräfte gesammelt um die weiteren Auseinandersetzungen führen zu können. Dabei kämpfen die Postler in unser aller

Interesse gegen die Inflation, gegen die Abwälzung der Kriegs- und Krisenlasten und für diesen Teil der öffentlichen Versorgung. In diesem Kampf sind wir Kommunistinnen und Kommunisten solidarisch und unterstützen die Aktionen.

(aus UZ vom 26.01.2023)

Was die Lauterbach-Kommission plant

Die von Gesundheitsminister Lauterbach eingesetzte „Kommission für eine bedarfsgerechte Krankenversorgung“ hat einen Vorschlag vorgelegt, der angeblich eine Revolution ist, tatsächlich aber an profitorientierter Medizin festhält.

600 der etwa 2.400 Krankenhäuser sollen ihre Einstufung als Klinik verlieren und in "Gesundheitszentren" verwandelt werden. Dort sollen kaum noch Ärzte tätig sein, also auch keine Diagnostik und Therapie stattfinden, sondern nur noch einfache Behandlungen und Pflege. Damit würde die Forderung einer Bertelsmann-Studie erfüllt, die Zahl der Krankenhäuser massiv zu verringern.

Die verbliebenen Kliniken sollen in Güteklassen eingeteilt werden: Kliniken für einfachere Fälle, Spezialkliniken für kompliziertere Fälle und an der Spitze Universitätskliniken. Die Bezahlung mit Fallpauschalen entsprechend der Diagnose soll beibehalten werden, aber durch Festbeträge für die Bereitstellung von Betten und Personal ergänzt werden.

Um in weniger Krankenhäusern

mehr Fälle behandeln zu können, gibt es *creative* Ideen: Patienten sollen unmittelbar nach Operationen, möglichst am gleichen Tag, entlassen werden. Das Pflegepersonal hätte dadurch noch mehr zu tun. Entlassen werden können schließlich nur Patienten mit wenig Pflegeaufwand. Die frei werdenden Betten würden mit neuen Patienten belegt.

Die früh entlassenen Kranken sollen zur Weiterbehandlung immer wieder in die Klinik kommen (die Fahrt müssen sie selbst bezahlen) oder an niedergelassene Ärzte abgegeben werden. Diese sind meist sowieso überlastet und streiken zurzeit tageweise, weil sie für zusätzliche Patienten nicht zusätzlich bezahlt werden sollen.

Die miserable Lage der Kliniken kann so nicht verbessert werden. **Notwendig wäre stattdessen, dass alle Krankenhäuser wieder gemeinnützig werden, ausreichend finanziert und entsprechend des Bedarfes über das Land verteilt sind.**

Gernot Linhart

Uniklinik – blutige Entlassungen geplant?

Kaum waren die Vorschläge der Lauterbach-Kommission zur Frühentlassung von Patienten bekannt, reagierte das Uniklinikum Gießen/Marburg (UKGM). Das geht aus einem Brief der Marburger Ärztenossenschaft PriMa an ihre Mitglieder hervor. Danach will das

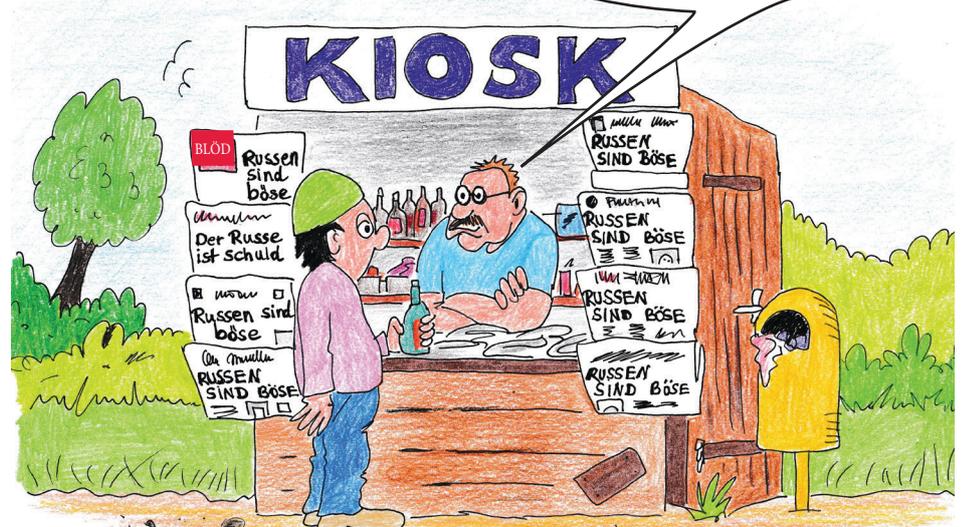
UKGM operierte Patienten, ausgestattet mit einem Kurzbericht und Rezepten, entlassen und zur Weiterbehandlung an niedergelassene Ärzte abgeben. Tatsächlich würde der Profit gesteigert und das Pflegepersonal noch stärker belastet. Dadurch sollen die Kapazitäten

der Kliniken besser ausgelastet und die Wartezeit der Patienten für Operationen verkürzt werden. **Das Profitsystem im Gesundheitswesen ist krank und schadet Patienten und Personal.** G.L.

Leserbrief

Es ist eigentlich immer dasselbe, dass die Reichen jährlich dazu gewinnen. Es ist auch nichts Neues, dass es in Krisenjahren Extraprofite für sie hagelt. Die Mittelschicht verarmt und den bereits Armen geht es noch schlechter. Die Zahlen des Lumpenproletariats und der Hungernden steigen national und international. Dies ist eine Gesetzmäßigkeit des Kapitalismus. Um dieser zu begegnen, ist es notwendig, dass Extraabgaben bzw. -steuern erhoben und diese gerecht verteilt werden. Reicht das nicht, müssen Betriebe enteignet und vergesellschaftet werden – Die Systemfrage muss auf die Tagesordnung!

Uwe Moldenhauer



Stadtregierung – Macht den Weg frei!

Mit Aussitzen und Nichtstun reagieren Parlamentsmehrheit und Magistrat auf das erfolgreiche Bürgerbegehren „Rettet die Bäume am Schwanenteich“. Das hat nichts mit „Schockstarre“ der Verantwortlichen zu tun, sondern ist eine pure Willkürmaßnahme. Seit 2011 (!), so Dezernentin Gerda Weigel-Greilich (laut Gießener Anzeiger), ist bekannt, dass der Weg am Schwanenteich punktuell repariert werden muss. Statt die Schippe in die Hand zu nehmen, sperrte man stattdessen seit April 2021 ein Teilstück des beliebten Spazierweges für die Öffentlichkeit und stapelte theatralisch Sandsäcke, wo etwas Wasser aus dem Teich sickert.

Das Gartenamt missbrauchte trotzdem jahrelang mit seinen Klein-Lkws diesen Weg für seine Arbeiten.

Nachdem 5.000 Bewohner mit BI und Naturschutzverbänden erfolg-

reich einen Bürgerentscheid durchsetzen wollten, reagierten Grüne, SPD, CDU, FWG, leider auch Die Linke, misstrauisch und nachtragend, wie ertappte Kinder. Dabei hätten sich die Stadtverordneten an die eigene Nase fassen müssen. Vorsehnlich hatten sie beschlossen, teichseitig 80 Bäume abhacken zu lassen. Dass die Projektfirma ETS aus Hungen maximalen Profit aus dem Projekt schlagen will, ist unter kapitalistischen Bedingungen eine Binsenweisheit. Dass aber Stadtverordnete unkritisch und im Schweinsgalopp beschließen, Steuergelder (1,3 Mio. Euro) aus dem Fenster zu werfen – ohne günstigere Alternativen zur Kenntnis zu nehmen – ist fahrlässig.

Bis jetzt wurde keine Untersuchung veröffentlicht, die eine Teilspernung des Spazierweges rechtfertigt. Wer, außer Frau Weigel-Greilich, hat festgestellt, dass der

Weg nicht verkehrssicher ist? „... die Löberstraße könnte die Welle schon mit Wucht treffen“, hatte sie im Stadtparlament eine Dammbruch-Tsunami-Katastrophe herbei fantasiert.

Die DKP fordert ebenso wie die BI von der Stadt: **Die willkürliche Sperrung des Teilweges zur THM muss aufgehoben werden!**

M. Berger

Bereits Heinrich Heine verarbeitete 1854 satirisch das obrigkeitstaatliche Gebaren politischer „Würden“träger in „Erinnerung aus Krähwinkels Schreckentagen“:

„... Vertrauet Eurem Magistrat,
Der fromm und liebend schützt
den Staat
Durch huldreich hochwohlweises
Walten;
Euch ziemt es, stets das Maul zu
halten.“

In der Roos – Bebauungsplan aufgehoben

Im vergangenen Jahr hat der Hessische Landesgerichtshof in Kassel den Bebauungsplan für das Gebiet *In der Roos* in Rödgen für rechtswidrig erklärt. Der Magistrat hat auf weitere Rechtsmittel verzichtet und den Plan jetzt durch öffentliche Bekanntmachung aufgehoben. Hauptgrund für das Kasseler Urteil war nach Presseberichten der naturschutzwidrige Umgang mit den dort ansässigen streng geschützten Schmetterlingen „Großer Wiesenknopf Ameisenbläuling“. Die Falter wurden dort während der vergangenen drei Jahre abgesammelt und auf ein anderes Grundstück verbracht.

Die Stadtverordnete Martina Lennartz (fraktionslos, DKP) stellte dazu eine Anfrage an den Magistrat, in der es um die Anzahl der umgesiedelten Tiere und um deren weiteren Bestand ging. In ihrer Antwort behauptete Stadträtin Weigel-Greilich, Grund für das Urteil sei, dass die Stadt nur in Rödgen und nicht im gesamten Stadtgebiet nach einem Alternativstandort gesucht habe. In drei Jahren seien nacheinander 396, 36 und 36 dunkle und im ersten Jahr fünf helle Ameisenbläulinge umgesiedelt worden. Ob in diesem Jahr neue Falter schlüpfen und sich damit der Bestand erholen könne, sei un-

gewiss. Mit der Feststellung, der Bestand dieser geschützten Falter sei überall rückläufig, versuchte sie die Reduzierung der Rödgener Population zu relativieren.

Durch den rechtswidrigen Bebauungsplan wurde Arbeitszeit verschwendet und Geld sinnlos ausgegeben. Allein die Umsiedlung der Falter hat 20.000 Euro gekostet. Eigentlich sollte dieser Rechtsbruch Konsequenzen haben. Der Magistrat ist aber nicht einmal bereit, seinen offensichtlichen Fehler einzugestehen, der möglicherweise die Population einer streng geschützten Art ausgelöscht hat.

Gernot Linhart

Wir vergessen nicht Hans Rosenbaum – Antifaschist aus Gießen

Am 16.01. fand eine Gedenkveranstaltung zum 120. Geburtstag von Hans Rosenbaum in der Katharinen-gasse 11 statt. Nach einer Initiative der Kommunisten Erika und Michael Beltz und nach vier Jahren Kampf gegen die Stadt befindet sich dort seit 2013 ein Stolperstein. DKP, VVN und Freunde legten nun – trotz starkem Regen – rote Nelken nieder, polierten den Stolperstein und gedachten Hans mit einem Redebeitrag. Wir befestigten eine laminierte Gedenkseite neben dem Stein, um Passanten die Gelegenheit zu geben, etwas über Hans Rosenbaum zu erfahren.

Der Gießener Kommunist Hans Rosenbaum war Mitgründer der „Roten Hilfe“, schrieb für die „Arbeiterzeitung“ und die „Rote Fahne“. Nach 1933 gehörte er einer illegalen Widerstandsgruppe an, die Flugblätter herstellte und verteilte, um über die Verbrechen der Faschisten aufzuklären.

Am 22.04.1937 wurden acht Gießener Antifaschisten von der Gestapo verhaftet. Unter ihnen be-



fanden sich die parteilosen Widerstandskämpfer Heinrich Creter, Wilhelm Klüpfel, August und Robert Ranft sowie die Kommunisten Otto Rüspler, Walter Deeg, Hermann Schröter und auch Hans Rosenbaum. In der Anklageschrift wurde ihnen vorgeworfen, „fortgesetzt und gemeinschaftlich handelnd, teils auch mit anderen in anderer Sache abgeurteilten Personen das hochverräterische Unternehmen, mit Gewalt die Verfassung des Reichs zu ändern [...] indem die Tat darauf gerichtet war [...] einen organisatorischen Zusammenhalt herzustellen und aufrechtzuerhalten, sowie die Massen durch Verbreitung von Schriften zu beeinflussen“ In „Ermittlungsergebnissen“ der An-

klageerhebung heißt es u. a.: „Ein Fall kommunistischer Mundpropaganda des Angeschuldigten spielte sich noch im Jahre 1936 ab, wo er dem Zeugen Ernst Peter Ranft (ein SA-Mann, der seine Brüder verraten hat, A. d. Red.) ein Buch *Karl Marx* zu Lesen gab, um diesen in seiner staatsfeindlichen Gesinnung zu bestärken [...] im Frühjahr 1934 war der Angeschuldigte an

dem Beiseiteschaffen der Schreibmaschine beteiligt. Er hatte die Maschine von dem bereits in anderer Sache abgeurteilten Lorenz Hahn erhalten, die er zunächst der Maria Baitz (Ria Deeg, A. d. Red.) zur Anfertigung illegaler Schriftstücke zur Verfügung stellte.“

Hans Rosenbaum wurde zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. 1937 verlegte man ihn vom Zuchthaus Butzbach ins Aschendorfer Moorlager (Emsland). Danach war er bis 1945 im KZ Buchenwald eingesperrt. Am 25.02.1945 wurde er dort im Nebenlager Nordhausen ermordet.

Martina Lennartz

Grüne und Klimaschutz – ein Desaster

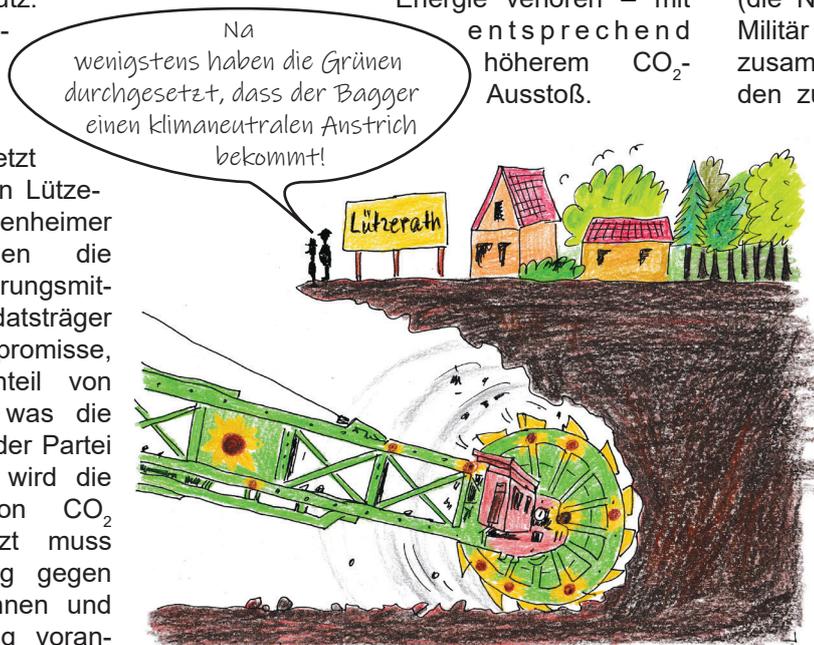
Wenn man in den letzten Jahren auf Demonstrationen und Kundgebungen von *Fridays for Future* war, konnte man den Eindruck gewinnen, das seien Wahlveranstaltungen der Partei, die sich „Die Grünen“ nennt. Direkt aufgerufen zur Wahl dieser Partei wurde zwar selten, aber es wurde aufgefordert, unbedingt zur Wahl zu gehen, und der Eindruck erweckt, mit der Wahl der richtigen Partei tue man etwas für den Klimaschutz.

Wer im Glauben an diese Versprechungen Grün wählte, kann sich jetzt schwarzärzern. In Lützerath wie im Fechenheimer Wald verteidigen die grünen Regierungsglieder und Mandatsträger schlechte Kompromisse, die das Gegenteil von dem bewirken, was die meisten Wähler der Partei wollten. Wieder wird die Reduzierung von CO₂ verschoben, jetzt muss zuerst der Krieg gegen Russland gewonnen und die Militarisierung voran-

getrieben werden. Mit dem weiteren Abbau von Braunkohle und dem Ersatz von Erdgas durch Flüssiggas steigt der CO₂-Ausstoß beträchtlich. Während beim Pipelinetransport des Erdgases wenig Energie verbraucht wird, geht beim Flüssigerdgas wegen der zweimaligen Umwandlung des Aggregatzustandes, der notwendigen Kühlung und des Seetransports etwa ein Drittel der geförderten Energie verloren – mit höherem CO₂-Ausstoß.

Noch schlimmer als dieser Bruch aller Wahlversprechen ist die Politik der Grünen auf internationaler Ebene. Ob und wie weit die Erderwärmung begrenzt werden kann, wird nicht hier entschieden, sondern global. Notwendig wäre die Zusammenarbeit aller Staaten der Erde. Die Grünen gehören zu den Kräften, die alles für Eskalation und Zuspitzung tun. Die von ihnen begrüßte maßlose Aufrüstung (die NATO gibt mehr Geld für ihr Militär aus als der Rest der Welt zusammen) führt zudem auch bei den zu Feinden erklärten Staaten wie Russland und der Volksrepublik China zu mehr Rüstung. Alles Geld, das für Rüstung ausgeben wird, fehlt für Maßnahmen gegen die Erderwärmung. Jeder Wissenschaftler und Techniker, der an neuen Waffen arbeitet, kann nicht für nützliche Tätigkeiten eingesetzt werden. **Frieden mit Russland und China ist die erste Voraussetzung für wirksamen globalen Klimaschutz!**

Gernot Linhart



Ohne Druck kriegste nix



Lohnerhöhungen in Höhe von 10,5% bei einer Laufzeit von zwölf Monaten, mindestens jedoch 500 Euro mehr und 200 Euro höhere Ausbildungsvergütungen – das sind die zentralen Forderungen zur anstehenden Tarifrunde im Öffentlichen Dienst. Nach Auffassung der Gewerkschaften könnten so inflationsbedingte Reallohnverluste ausglich werden.

Der „Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände“ (VKA) bereiten diese Forderungen hingegen Schnappatmung. Die Umsetzung sei „in dieser Form schlicht nicht leistbar“, erklärte VKA-Präsidentin Karin Welge und bezifferte die Mehrkosten für einen Abschluss in dieser Höhe mit 15,4 Mrd. Euro. Verglichen mit den finanziellen Mitteln, die der Staat in der Vergangenheit in die Hand genommen hat, um „systemrelevante“ Banken zu retten oder aktuell Großkonzerne

zu subventionieren und die Bundeswehr hochzurüsten, erscheint die genannte Summe jedoch als *Peanuts*.

Ihre Verweigerungshaltung begründet die VKA auch damit, dass durch den monatlichen Mindestbetrag von 500 Euro die Gehälter in den unteren Entgeltgruppen um mehr als 20% steigen würden. Dabei wären gerade hier Lohnanhebungen – auch aus volkswirtschaftlicher Perspektive – sinnvoll. Die katastrophalen Folgen von Krise, Sanktionspolitik und Wirtschaftskrieg würden damit abgemildert. Daten des Statistischen Bundesamts belegen, dass die Teuerungsrate im August 2022 im Vergleich zum Vorjahresmonat bei Lebensmitteln bereits 16,6% betrug. Bei Haushaltsenergie und Kraftstoffen stiegen die Preise im gleichen Zeitraum um 35,6%. Die

Entlastungspakete der Bundesregierung haben daran nichts geändert.

Auch das jüngste 200-Milliarden-Paket hat nicht die Verbesserung der Situation für Gering- und Normalverdiener im Fokus. Ziel ist vor allem, Unternehmen zu „kapitalisieren“. Abschöpfung der „Übergewinne“ zur Gegenfinanzierung ist nicht vorgesehen. Auch eine darüber hinausgehende Reform des Steuersystems, die Superreiche und große Konzerne zur Kasse bitten würde, sucht man vergebens. Die Rechnung wird stattdessen den arbeitenden Menschen präsentiert. **Um dies zu ändern, hilft nur politischer Druck.** Die anstehenden Tarifrunden – nicht nur im Öffentlichen Dienst – bieten beste Gelegenheit dazu.

Ulf Immelt

Frankreich steht auf



Am 19.01.2023 beteiligten sich in Frankreich zwei Millionen Menschen an Streiks und Protesten gegen die von Präsident Macron geplanten Rentenkürzungen. Alle französischen Gewerkschaftsverbände hatten zu den Protesten aufgerufen. Laut Umfragen lehnen 80% der Bevölkerung die Kürzungen ab. Das Mindestalter steigt nach Macrons Plänen für eine vollständige Rente von 62 auf 64 Jahre und auf 43 Beitragsjahre (bisher 41,5). Diese 64 Jahre waren ein befristetes Zugeständnis Macrons nach den letzten Protesten 2020. Geplant waren 65 Jahre. Aber seine Pläne

hat er nicht aufgegeben. Bis 2031 soll das Renteneintrittsalter sogar auf 67 Jahre angehoben werden.

Da die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung gegen diese Pläne ist, waren auch die gemäßigten Gewerkschaften wie CFDT und *Force ouvrière* zum Kampf gezwungen. Die CGT lehnt die Pläne grundsätzlich ab. Weltweit finden Streiks gegen Verarmung und Inflation statt. Die Kämpfe in Frankreich sind ein Teil davon. Es bahnt sich eine Konfrontation zwischen der Arbeiterklasse und der Macron-Regierung an. Großen Teilen der französischen Bevölkerung ist klar, dass die Rentenpläne Macrons nur ein Einstieg in die weitere Zerstörung des französischen Sozialstaates sind. Es geht um eine grundsätzliche Weichenstellung in Frankreich. Der „Präsident der Reichen“ will die Renten um 13 Mrd.

Euro pro Jahr kürzen, während die Staaten der EU Billionen von Euro an Banken und Konzerne verteilen und weitere Milliarden für Panzer und andere Waffen ausgeben, die sie für den Krieg gegen Russland in die Ukraine schicken. Der aktuelle Oxfam-Bericht ist eindeutig: 1% der Menschheit kassiert 63% des neu dazu gekommenen Vermögens. Die reichsten zehn Milliardäre Frankreichs steigerten ihr Vermögen seit 2020 um 189 Mrd. Euro. Die französische Bourgeoisie will ihre Position im Rahmen der imperialistischen Konkurrenz auf Kosten der französischen Arbeiterklasse verbessern. Die Blaupause dafür liefert die BRD. **Weder die Politiker noch die Monopolkonzerne sind unsere Freunde, sie sind unsere Gegner. Nehmen wir uns Frankreich zum Vorbild und fangen an zu kämpfen.** Henning Mächerle

Der Weg nach Kiew



Als älterer Jahrgang steht man erschüttert vor der heutigen politischen Weltlage. Zumindest sollte man es. Ich kann mich noch an das allgemeine Aufatmen am Ende des faschistischen Krieges erinnern: „Nie wieder Krieg!“ Dann wurde der westdeutsche Staat gegründet und Bundeskanzler Adenauer bot den Westalliierten deutsche Soldaten an. Ihm schlug eine Ablehnung entgegen. Auf eine Anfrage des kommunistischen Abgeordneten Max Reimann antwortend belog Adenauer das Parlament und leugnete seine Aufrüstungsinitiativen. Die Widerstände blieben groß. „Ohne mich!“, hieß es in der Bewegung gegen deutsche Soldaten. Unter dem Mantel des sog. Wirtschaftswunders begann die Aufrüstung. Aber Auslandseinsätze würde es nicht geben, nur zur Landesverteidigung diene die Bundeswehr, hieß es dann. Nachdem das sozialistische Lager zusammengebrochen war, gab es auch dabei kein Halten mehr: Afghanistan, Mali und Bomben auf Jugoslawien. Da wurde nicht so viel Lärm drum gemacht wie heute um den Krieg in der Ukraine.

Und nun pumpen *wir* ständig mehr und schwerere Waffen in die Ukraine und es ist nur eine Frage der Zeit, wann *wir* Soldaten in das Land schicken werden. So steigt die Gefahr eines dritten, eines atomaren Weltkrieges.

Es ist Zeit zu erkennen, dass wir heute nicht anders belogen werden als unter Adenauer. Damals hieß es, die Russen warteten nur darauf, ihre Pferde im Rhein zu baden. Stattdessen räumten sie freiwillig den Osten Deutschlands. Allerdings geschah das unter dem Versprechen, die NATO werde keinen Zoll nach Osten vorrücken. Nun „bellt die NATO überall an den Grenzen Russlands“ (Zitat Papst Franziskus) und wollte südlich von Russland, in der Ukraine, die Umzingelung schließen. Hätte die Ukraine einen Beitritt zur NATO ausgeschlossen, wäre der Krieg vermieden gewesen. Es wird höchste Zeit, dem gefährlichen Treiben ein Ende zu bereiten.

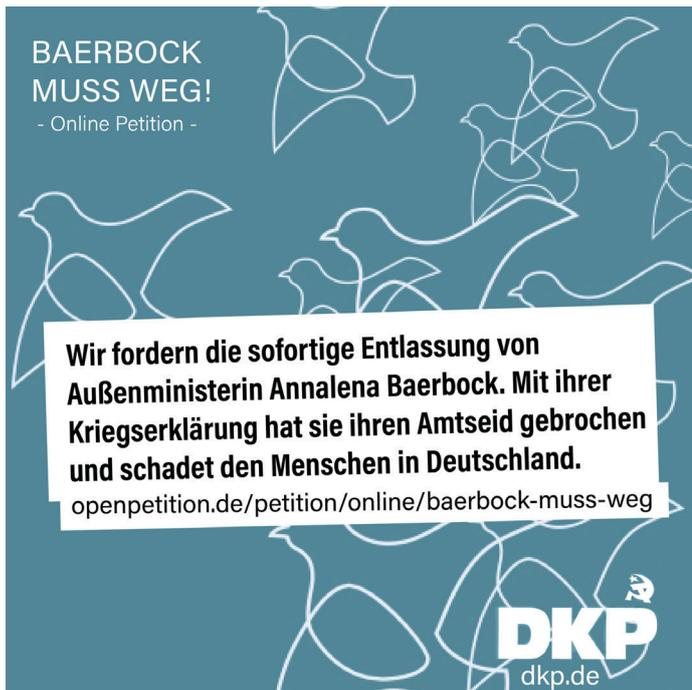
Klaus Mewes



"Eskalation bis zum Atomkrieg?"
(UZ vom 26.01.2023)

"Wer noch einmal ein Gewehr in die Hand nimmt, dem soll die Hand abfaulen!" sagte 1949 der spätere Verteidigungsminister Franz Josef Strauß. Diese Worte drückten die Stimmung in Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg aus: Nie wieder Krieg! Es war der grüne Außenminister Joschka Fischer, der den Tabubruch begann, indem er am 7. April 1999 sagte: "Ich habe nicht nur gelernt: Nie wieder Krieg. Ich habe auch gelernt: Nie wieder Auschwitz." Damit führte er Deutschland erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg in einen Kriegseinsatz, in den Kosovokrieg.

bearbock-muss-weg



Mit ihrer Kriegserklärung gegen Russland im Europarat hat Außenministerin Annalena Baerbock ihren Amtseid gebrochen. Sie fügt den Menschen in diesem Land großen Schaden zu. Die DKP fordert daher die unverzügliche Entlassung Baerbocks.

Mit dem Satz „We are fighting a war against Russia“ hat sie die Welt einen Schritt näher an den Atomkrieg gebracht. Mit den deutschen Panzern, die nun wieder gen Russland rollen, den Ausbildungslagern wie in Grafenwöhr und den in Büchel lagernden US-Atomraketen würde Deutschland unweigerlich zum Austragungsort eines solchen Krieges.

Der Parteivorstand der DKP hat eine entsprechende Petition „Baerbock muss weg“ (openpetition.de) veröffentlicht: kurzelinks.de/Baerbock-muss-weg

Der Parteivorstand prüft zudem juristische Schritte gegen Baerbock wegen des Verstoßes gegen Artikel 26 (Handlungen gegen das friedliche Zusammenleben der Völker) und 56 (Amtseid) Grundgesetz.

Leverkusen, 29. Januar 2023

kurzelinks.de/Baerbock-muss-weg

Stellungnahme der SDAJ zu den Kononovich Brüdern

Michail Kononovich, der Vorsitzende des Kommunistischen Jugendverbandes der Ukraine, und sein Bruder Aleksander sind aus der Haft des ukrainischen Staates in den Hausarrest überstellt worden.

Was auf den ersten Blick wie ein Freudentag scheint, entpuppt sich als vergiftetes Geschenk. Wie beide gegenüber dem Weltbund der Demokratischen Jugend zu Protokoll gaben, ist die „Freiheit“ eine trügerische.

Zum einen sind die beiden

Genossen durch den Hausarrest von Lohnarbeit und damit der Sicherung ihres Lebensunterhaltes ausgeschlossen. Eine staatliche Subvention (wie dies in der Haft an unzureichenden Lebensmitteln existierte), besteht nicht mehr. Auf ein breites Netzwerk an UnterstützerInnen können die Brüder vor Ort kaum zählen, denn die KP der Ukraine sowie alle progressiven Organisationen sind seit 2016 verboten und nahezu zerschlagen worden. Schlimmer jedoch wirkt die latente Gefahr eines nun einfacher durchführbaren faschistischen Attentates auf die gestandenen Kommunisten.

In einem ergreifenden Statement, welches die beiden an ihre befreundeten Organisationen übersandten, analysieren sie, dass sie ihr Leben wahrscheinlich der weltweiten und breiten Solidaritätskampagne zu verdanken haben. Ein stilles Morden gilt es weiterhin mit lautstarker Solidarität zu verhindern. Zur Er-

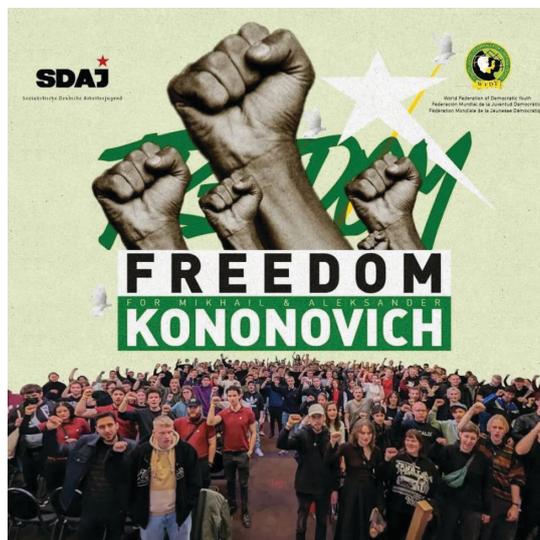


innerung: In der Ukraine haben die faschistischen Milizen (mehr noch seit Beginn des Krieges) freie Bahn. Sie sind tief in staatliche Strukturen eingesickert. Neben grassierender Korruption sind Gewalt und Verrohung Alltag. Schon vor dem Krieg verletzten Faschisten beide Brüder und brachen Michail die Nase.

Dem Faschismus und seiner Mordbande kann nur durch internationale Solidarität und Aufmerksamkeit die Stirn geboten werden. Wir solidarisieren uns in diesem Sinne mit den Kononovich-Brüdern.

Wir fordern Freiheit, Sicherheit und die sofortige Ausreise aus der Ukraine! Hoch die internationale Solidarität!

(aus der Position)





Termine

Fragen oder Anmeldungen an giessen@dkp.de

09.02.2023 um 19 Uhr:
Buchvorstellung: "Ein willkommener Krieg" mit **Wolfgang Gehrcke und Christiane Reymann**, Kerkrade-Zimmer



10. und 24.02.2023 um 19 Uhr:
Stammtisch im Chamäleon

11.02.2023 um 15 Uhr:
"Heizung, Brot und Frieden — was ist zu tun?" mit Dieter Dehm und Ulf Immelt im Posthotel Johannesberg, Lauterbach

15.02.2023 um 19 Uhr:
Gruppenabend / MV DKP GI, Versailles-Zimmer

16.02.2023 um 18 Uhr:
Bildungsabend der DKP, Mesopotamisches Kurdisches Kulturzentrum, Ederstr. 16

22.02.2023:
Redaktionsschluss für das März-Echo

25.02.2023 ab 10:30:
Kundgebung DKP Gießen am Kugelbrunnen



Wir sammeln **Unterstützungsunterlagen** für die Landtagswahl in Hessen am 08.10.2023

Aus 50 Jahren Gießener Echo

Vor **50 Jahren** wurde der damalige Gießener Oberbürgermeister Bernd Schneider zum Ehrenmitglied der in Gießen stationierten US-Militäreinheit „42th Field Artillery Group“ ernannt. Zum Krieg in Vietnam war von Schneider kein Wort zu hören. Die US-Armee hatte verkündet, sie wolle Nordvietnam in die Steinzeit zurückbomben und prahlte jeden Tag mit der Zahl getöteter Vietnamesen.

Vor **40 Jahren** schloss der CDU-geführte Magistrat einen Kindergarten und erhöhte die Kindergartengebühren. Gleichzeitig waren von der Bonner CDU/FDP-Regierung das Kindergeld gekürzt und der Wehretat erhöht worden. Die DKP stellte ihr Programm „Für eine demokratische Frauenpolitik“ dem entgegen.

Vor **30 Jahren** erinnerte das Echo an die Machtübergabe im Februar 1933 an die Nazis und informierte, was der Machtwechsel für Gießen bedeutete. In der Stadt waren 1933 40 Nazigeegner festgenommen und durch die Stadt getrieben worden. Zeitgleich wurde die neueste Ausgabe

des Gießener Echos beschlagnahmt und die Zeitung verboten.

Vor **20 Jahren** stand der verbrecherische Angriffskrieg der USA gegen den Irak, unterstützt von einigen europäischen Staaten, kurz bevor. Die für den Krieg vorgebrachten Gründe, u. a. Massenvernichtungswaffen und Unterstützung von Al-Kaida, waren erlogen. In Gießen demonstrierten 800 Menschen gegen die Kriegsvorbereitungen.

Vor **10 Jahren** schlüpfte der Gießener Magistrat unter den von der Landesregierung angebotenen Rettungsschirm. Für die Bürger bedeutete das Steuer- und Gebührenerhöhungen sowie Leistungskürzungen. Mit Regenschirmen, die löchrig waren wie dieser Schutzschirm, protestierte die Bürgerinitiative *Stoppt diese Landesgartenschau* gegen diese Selbstentmachtung der Stadt. Die Kosten der geplanten Blümchenschau trug zu deren hohen Schulden bei.

Gernot Linhart

Leserbrief zu "Friedensmahnmal statt Kriegerdenkmal" (GE 01/23)

(...) Mein Uronkel Eduard französischer Abstammung sagte sinngemäß zu mir: "Mein Junge, wenn Du im Schützengraben auf Bergen von Leichen stehst und auch noch Jungen, die dir nichts getan haben, nur weil sie Deutsche sind, erschießen oder erschlagen musst, dann fängst Du an, Kriege zu hassen - ich hasse jeden Krieg seit 1914." (...)



Ich bin gegen Denkmalstürmerei, sondern der Ansicht: Ihr solltet die Restauration unter der Bedingung zulassen, dass eine Gedenktafel am Sockel mit einem Text von Hannes Wader angebracht wird: "Und du hast ihnen alles gegeben – Deine Kraft, deine Jugend, dein Leben".

Andreas Schelp

Gießener Echo

Bitte Abogebühren bezahlen und spenden!

Hrsg.: Kreisorganisation der DKP Gießen; verantw.: Gernot Linhart, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 Euro im Jahr (inkl. Versandkosten).

Konto: IBAN: DE72 5135 0025 0200 5491 46

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Redaktionskollektivs des Gießener Echos wieder.

Rückmeldungen + Leserbriefe an: Gießener Echo, Postfach 110340, 35348 Gießen – **E-Mail:** giessen@dkp.de – **Internet:** www.giessen.dkp.de